

**V2513 Richtlinienmotion/Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, Juso, GLP, EVP, Mitte) "Die Gemeinde Köniz nutzt ihr Solarpotenzial"**

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

**Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird angehalten,

1. bei Neubauten und umfassenden Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften das Solarpotenzial der gut geeigneten Dächer und Fassaden möglichst vollständig zu nutzen;
2. im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten mit der Überarbeitung des behördenverbindlichen Richtplans bzw. der Raumstrategie den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen;
3. die baurechtliche Grundordnung dahingehend anzupassen, dass für Neubauten eine Unterschreitung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz von mindestens 15% gegenüber dem kantonalen Standardwert vorgesehen ist. Der Gemeinderat kann für die verschiedenen Gebäudekategorien Abstufungen vorsehen;
4. dafür zu sorgen, dass die baurechtlichen Bestimmungen keine über die kantonalen Vorgaben hinausgehenden Einschränkungen zum Bau von Solaranlagen enthalten;
5. bei Eingang einer Meldung einer umfassenden Dachsanierung gemäss Art 39d (neu) kEnG beratend darauf hinzuwirken, dass tatsächlich eine Solaranlage gebaut wird.

**Begründung**

Die kantonale Verfassung sieht im Bereich des Klimaschutzes für Gemeinden eine Vorbildfunktion vor. Die Gemeinde Köniz ist also auch bezüglich Solarausbau besonders gefragt und muss ihre Verantwortung als Vorbild wahrnehmen. Auch wenn übergeordnete Gesetzgebung den kommunalen Handlungsspielraum beschränkt, muss dieser Spielraum konsequent genutzt werden, indem eigene Gebäude und Anlagen ausgebaut und planungsrechtliche Grundlagen angepasst werden.

Aktuell wird in Köniz erst 7.8% des Solarpotenzials auf Dächern genutzt. Damit liegt Köniz hinter dem kantonalen und nationalen Durchschnitt und auch hinter vergleichbaren Gemeinden<sup>1</sup>. Gesamthaft könnte auf den gut geeigneten Könizer Dächern mehr Strom produziert werden, als die Könizer Bevölkerung heute verbraucht! Dies noch ohne Berücksichtigung des Potenzials an Fassaden, welches heute noch nahezu vollständig vernachlässigt wird.

Am 9. Februar 2025 hat sich die Bevölkerung des Kanton Bern mit 67% Ja-Stimmen für den Gegenvorschlag zur Solarinitiative ausgesprochen. In Köniz waren es sogar 71%. Ein deutliches Zeichen, dass die Bevölkerung eine Beschleunigung des Solarausbaus wünscht. Der Gegenvorschlag sieht unter anderem eine Solarpflicht bei Neubauten vor und verpflichtet Hauseigentümer\*innen, im Falle einer Dachsanierung den Bau einer Solaranlage zu prüfen. Dadurch ergibt sich durch die Vollzugsbehörde der Gemeinde ein zusätzlicher Anknüpfungspunkt im Rahmen des Baubewilligungsprozesses, welcher bestmöglich genutzt werden soll. Ausserdem ist die Herabsetzung des Grenzwerts für die gewichtete Gesamtenergieeffizienz in den kantonalen Muster Vorschriften explizit vorgesehen<sup>2</sup>. Andere Gemeinden kennen denn auch bereits ähnliche

---

<sup>1</sup> Energiereporter (31.01.2025). Solarstrom in Köniz. <https://www.energieschweiz.ch/tools/energiereporter/>

<sup>2</sup> Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion Kanton Bern (2022). Muster für kommunale Energievorschriften. <https://www.weu.be.ch/content/dam/weu/dokumente/aue/de/energieprogramme-gemeinden/aue-energievorschriften-gemeinden-DE.pdf>

Bestimmungen in ihren entsprechenden kommunalen Gesetzgebungen (Bspw. Münsingen<sup>3</sup>). Neben einer zusätzlichen Beschleunigung des Solarausbaus kann damit gleichzeitig eine Reduktion der Emissionen für die Heizung der Gebäude erzielt werden.

Liebefeld, 05.05.2025  
David Müller

## **Eingereicht**

05.05.2025

## **Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern**

David Müller, Janka Hamm, Andreas Hauser, Monika Röthlisberger, Christina Aebischer, Lukas Erni, Laura Hoffman, Klaus von Muralt, Sara Gasser, Mayra Faccio, Jutta Gubler Kläne-Menke, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Fabienne Marti, Roland Akeret, Arlette Mürger, Bülent Celik, Christine Müller

## **Antwort des Gemeinderates**

### **1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)**

Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf die Ziffer 3 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf die Ziffern 1, 2, 4 und 5 eine Richtlinie vor (siehe Beilage 1).

### **2. Ausgangslage**

Wie bereits in der Beantwortung der Motion V2506 "Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz" geschrieben, ist der Ausbau der Solarenergie ein wesentlicher Baustein einer nachhaltigen Energieversorgung. Der Antwort ist ebenfalls zu entnehmen, dass die Solarstromproduktion zwar stetig zunimmt, dass das Potenzial für Photovoltaik-Anlagen jedoch noch lange nicht ausgeschöpft ist.

### **3. Geplante Massnahmen und Massnahmen in Umsetzung**

Zur Förderung der Photovoltaik werden auf allen Staatsebenen Massnahmen geplant und umgesetzt. Im Zusammenspiel werden diese Massnahmen den Solarausbau in Köniz weiter vorantreiben.

#### **3.1 Gemeinde Köniz: Klimamassnahmenpaket**

Im Klimamassnahmenpaket des Gemeinderats vom März 2024 sind diverse Massnahmen zur Förderung der Solarenergie verankert. Im Rahmen der Beantwortung der Motion V2506 (EVP-glp-Mitte-Fraktion, Grüne / junge Grüne-Fraktion) "Förderung von Photovoltaik-Anlagen in der Gemeinde Köniz" hat der Gemeinderat ausführlich darüber berichtet.

#### **3.2 Kanton Bern: Gegenvorschlag zur Solarinitiative**

Neubauten müssen bereits heute mit Solaranlagen ausgerüstet werden. Der Gegenvorschlag zur Solarinitiative, welcher am 9. Februar vom Berner Stimmvolk 66.7 % angenommen wurde, sieht vor, dass *geeignete Dachflächen* von Neubauten und Erweiterungen mit Anlagen zur Solarenergienutzung *möglichst vollständig* auszustatten sind (neuer Art 39 im Kantonalen Energiegesetz KEnG; siehe Beilage). Ausnahmen gibt es für kleine Wohnbauten mit einer Dachfläche von weniger als 50m<sup>2</sup>. Bei einer Gebäudegrundfläche von weniger als 300m<sup>2</sup> muss nur so viel

---

<sup>3</sup> Gemeinde Münsingen (2023). Baureglement 2021 (Stand 31.10.2023) <https://www.muensingen.ch/wAssets/docs/dienstleistungen/Reglemente-Verordnungen-Gebuehren/nutzungsplanung/Gemeindebaureglement-GBR-2021-Stand-31.10.2023.pdf>

Solarenergie installiert werden, wie zur Deckung des halben Normbedarfs notwendig ist. Der Regierungsrat ist aktuell daran, die Verordnungsartikel zum Art. 39 auszuarbeiten. Darin wird u.a. geregelt sein, was "geeignete Dachflächen" sind und wie "möglichst vollständig" definiert wird. Gesetz und Verordnung werden voraussichtlich am 1.1.2026 in Kraft treten.

### **3.3 Schweizerische Eidgenossenschaft: Mantelerlass**

Mit dem Bundesgesetz über die sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (auch bekannt unter dem "Mantelerlass"), welches von der Schweizer Stimmbevölkerung am 9. Juni 2024 mit 68.72 % angenommen wurde, wurden diverse Instrumente zur Förderung der erneuerbaren Energien im Energiegesetz (EnG), Stromversorgungsgesetz (StromVG) und im Raumplanungsgesetz (RPG) gesetzlich verankert. Im Bereich der Photovoltaik sind dies u.a.:

- Finanzieller Bonus für hohe Neigungswinkel: Anreize für mehr Winterstromproduktion
- Ermöglichung von virtuellen Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch (vZEV): Benützung des öffentlichen Stromnetzes bis zum Verteilkasten
- Ermöglichung von Lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG): Benützung des öffentlichen Stromnetzes über den Verteilkasten hinaus mit einem Preisabschlag auf die Netznutzungsgebühren. Die LEG ist begrenzt durch die Gemeindegrenzen.
- Minimalvergütung für den eingespeisten Solarstrom von PV-Anlagen unter 150 kWp

Mit der Anpassung im Raumplanungsgesetz werden *genügend angepasste* Fassaden-Solaranlagen an Gebäuden in der Bau- und Landwirtschaftszone grundsätzlich baubewilligungsfrei. Der Zeitpunkt der Inkraftsetzung ist auf den 1. Juli 2026 geplant.

## **4. Zu den einzelnen Punkten der Motion**

### **4.1 Punkt 1 (gemeindeeigene Gebäude)**

Diese Forderung wird bereits umgesetzt. Wo ein Dach saniert wird oder wo neu gebaut wird, wird in der Regel eine PV-Anlage geplant und realisiert. Dort wo es sinnvoll erscheint, werden auch PV-Anlagen an der Fassade geprüft. An dieser Strategie wird festgehalten. Der Gemeinderat kann sich vorstellen, dass sich in Zukunft die Bevölkerung an den Anlagen beteiligen kann, wie dies in diversen anderen Städten und Gemeinden bereits möglich ist. Im Rahmen der Massnahme 1.7.5 des Klimamassnahmenpakets werden deshalb Bürgerbeteiligungsmodelle geprüft.

### **4.2 Punkt 2 (Richtplanung)**

Es ist bereits heute vorgesehen, die Photovoltaik als raumrelevantes Thema in der Raumstrategie zu behandeln. Das betrifft insbesondere die PV-Anlagen auf Infrastrukturanlagen, Freiflächen, vZEV oder LEG. Der Ausbau des Stromnetzes wird einen weiteren Fokus bilden.

### **4.3 Punkt 3 (Revision Baureglement)**

Mit dem neuen Artikel 39 im Kantonalen Energiegesetz müssen ab dem 1.1.2026 bei Neubauten und Erweiterungen die geeigneten Dachflächen vollständig mit Solarenergieanlagen (Photovoltaik oder Solarthermie) ausgestattet werden. Damit geht das KEnG nach der Inkraftsetzung in den meisten Fällen weiter als die geforderte Verschärfung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz um 15 % für Neubauten und Erweiterungen, welche indirekt ebenfalls zu einer Vergrösserung der PV-Flächen – wenn auch in einem geringeren Ausmass - führt. Eine Analyse der Baueingaben für Neubauten und Erweiterungen zwischen 2021 und 2024 in Köniz hat gezeigt, dass in 11 von 19 Fällen die minus 15 % gewichtete Gesamtenergieeffizienz auf freiwilliger Basis bereits erreicht wurden, ohne dass die Dachfläche vollständig ausgerüstet wurde.

Der Gemeinderat sieht deshalb keinen Anlass, das Baureglement zu verschärfen.

### **4.4 Punkt 4 (keine Verletzung kantonaler Vorgaben)**

Der Gemeinderat ist bereits heute daran, baurechtliche Bestimmungen dahingehend anzupassen, dass sie mit dem kantonalen Recht und dem Bundesrecht vereinbar sind und den Ausbau der Solarenergie nicht behindern. So werden beispielsweise nach und nach die Überbauungsordnungen von Siedlungsschutzgebieten mit Einschränkungen zur Nutzung der Solarenergie überarbeitet. Hinsichtlich der Änderungen im Energiegesetz aufgrund des angenommenen Gegenvorschlags zur Solarinitiative sind die baurechtlichen Bestimmungen der Gemeinde erneut zu überprüfen, insbesondere das Baureglement. Bei Widersprüchen gilt, dass das Kantonale

Energiegesetz oder andere übergeordnete Gesetze gegenüber dem kommunalen Baureglement Vorrang haben.

#### **4.5 Punkt 5 (Meldung Dachsanierung)**

Gemäss dem neuen Art. 39d im Kantonalen Energiegesetz gilt bei einer umfassenden Erneuerung von Dachflächen bestehender auf Dauer angelegter Bauten eine Meldepflicht mit Nachweis über die Eignung der Dachflächen für die Solarenergienutzung und die Solarausstattungskosten. Es handelt sich somit um eine Informationspflicht der Bauwilligen. Sofern bei einem geeigneten Dach und angemessenen Ausstattungskosten keine Solaranlage vorgesehen wird, ist ein kostenloses Beratungsangebot durch einen Energieberater der spätestmögliche Interventionszeitpunkt. Der Gemeinderat ist bereit, ein solches Angebot zu prüfen, sobald die Ausgestaltungsdetails von Art. 39d bekannt sind. Das Angebot wird zu entsprechenden Mehrkosten auf Seite der Gemeindeverwaltung führen.

#### **5. Auswirkungen auf das Stromnetz**

Der Ausbau der Solaranlagen ist dringend notwendig, um die Klimaziele zu erreichen. Er führt jedoch zu grossen Herausforderungen für das Stromnetz. Um hohe volkswirtschaftliche Kosten für den Netzausbau zu vermeiden, gilt es, den Solarstrom möglichst lokal zu verbrauchen. Neben marktwirtschaftlichen Anreizen und regulatorischen Rahmenbedingungen sind dazu auch zentrale oder dezentrale Speicher notwendig.

#### **6. Auswirkungen auf das Klima**

Mit erneuerbarem Strom aus Wasser, Wind, Biomasse oder der Sonne können fossile Heizungen mit Wärmepumpen und Verbrenner-Fahrzeuge mit Elektrofahrzeugen ersetzt werden. Die Photovoltaik leistet deshalb einen direkten Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen auf dem Gemeindegebiet.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Motion wird erheblich erklärt.
2. Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 12. September 2025

Der Gemeinderat

#### **Beilagen**

- 1) Motionsprüfung vom 16. Mai 2025
- 2) Auszug aus der Abstimmungsbotschaft Art. 39 Kantonales Energiegesetz (Gegenvorschlag Solarinitiative)



Köniz, 16. Mai 2025 rc

**V2513 Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, Juso, GLP, EVP, Mitte) "Die Gemeinde Köniz nutzt ihr Solarpotenzial"**  
**Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentswurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat angehalten:

1. bei Neubauten und umfassenden Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften das Solarpotenzial der gut geeigneten Dächer und Fassaden möglichst vollständig zu nutzen;
2. im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten mit der Überarbeitung des behördenverbindlichen Richtplans bzw. der Raumstrategie den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen;
3. die baurechtliche Grundordnung dahingehend anzupassen, dass für Neubauten eine Unterschreitung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz von mindestens 15% gegenüber dem kantonalen Standardwert vorgesehen ist. Der Gemeinderat kann für die verschiedenen Gebäudekategorien Abstufungen vorsehen;
4. dafür zu sorgen, dass die baurechtlichen Bestimmungen keine über die kantonalen Vorgaben hinausgehenden Einschränkungen zum Bau von Solaranlagen enthalten;
5. bei Eingang einer Meldung einer umfassenden Dachsanierung gemäss Art 39d (neu) kEnG beratend darauf hinzuwirken, dass tatsächlich eine Solaranlage gebaut wird.

Die Punkte 1, 4 und 5 der Motion betreffen diverse Anliegen (u.a. Planungsarbeiten) welche der Gemeinderat im Rahmen seiner allgemeinen Zuständigkeit, die Gemeinde zu führen und ihre Tätigkeiten zu planen und zu koordinieren, entscheidet. Ebenso liegt die Überarbeitung des behördenverbindlichen Richtplans in der Zuständigkeit des Gemeinderats (Punkt 2). Die Stimmberechtigten beschliessen gemäss Art. 32 GO den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der baurechtlichen Grundordnung (Punkt 3).

Fazit: Das Parlament erteilt mit der Erheblicherklärung dieser Motion dem Gemeinderat in Bezug auf die Ziffer 3 einen verpflichtenden Auftrag und gibt ihm in Bezug auf die Ziffern 1, 2, 4 und 5 eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch  
Stv. Gemeindeschreiberin



## **Abstimmungstext** **Gegenvorschlag**

Kantonales Energiegesetz (KE nG)  
Änderung vom 04.09.2024

*Der Grosse Rat des Kantons Bern,  
gestützt auf Artikel 60 Absatz 1 der Kantonsverfassung<sup>1</sup>,  
auf Antrag des Regierungsrates,  
beschliesst:*

**I.**  
Der Erlass 741.1 Kantonales Energiegesetz vom 15.05.2011 (KE nG) (Stand 01.01.2023) wird wie folgt geändert:

### **Art. 39a (neu)**

*Solarenergienutzung bei neuen auf Dauer angelegten Bauten*

1 Neue auf Dauer angelegte Bauten und Erweiterungen von bestehenden auf Dauer angelegten Bauten sind mit Anlagen zur Solarenergienutzung, insbesondere Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen, auszustatten.

2 Geeignete Dachflächen sind unter Vorbehalt von Artikel 39b möglichst vollständig mit Anlagen zur Solarenergienutzung auszustatten. Bei Solarenergienutzung der Fassaden reduziert sich die auszustattende Dachfläche entsprechend.

3 Dachflächen mit einer Fläche von weniger als 50 Quadratmetern sind von der Pflicht zur Ausstattung mit Anlagen zur Solarenergienutzung gemäss Absatz 1 ausgenommen.

4 Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer sind von der Pflicht zur Solarenergienutzung befreit, wenn die Solarausstattungskosten mehr als fünf Prozent der übrigen Baukosten betragen.

5 Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer können ihre Pflicht zur Solarenergienutzung durch Dritte erfüllen lassen.

6 Der Regierungsrat legt den Mindestumfang der Solarenergienutzung der Anlagen gemäss Absatz 1 sowie die Kriterien für die Eignung und möglichst vollständige Ausstattung der Dachflächen gemäss Absatz 2 durch Verordnung fest.

### **Art. 39b (neu)**

*Besondere Bestimmungen für kleine Wohnbauten*

1 Bei neuen auf Dauer angelegten Wohnbauten mit einer anrechenbaren Gebäudefläche von bis zu 300 Quadratmetern muss mindestens so viel Solarenergie genutzt werden, wie zur Deckung des halben Normbedarfs notwendig ist.

2 Über die Deckung des halben Normbedarfs hinaus besteht keine Pflicht zur Ausstattung der Dachflächen mit Anlagen zur Solarenergienutzung.

### **Art. 39c (neu)**

*Ausnahmebewilligungen*

1 Ausnahmen von der Pflicht zur Solarenergienutzung können gewährt werden, wenn diese technisch nicht möglich oder wirtschaftlich unverhältnismässig ist.

### **Art. 39d (neu)**

*Meldepflicht bei umfassender Erneuerung von Dachflächen*

1 Bei einer umfassenden Erneuerung von Dachflächen bestehender auf Dauer angelegter Bauten gilt eine Meldepflicht mit Nachweis über die Eignung der Dachflächen für die Solarenergienutzung und die Solarausstattungskosten.

2 Der Regierungsrat legt die Einzelheiten der Meldung und das Meldeverfahren durch Verordnung fest.

### **Art. 39e (neu)**

*Solarenergienutzung bei Parkplätzen*

1 Neue auf Dauer angelegte Parkplätze für Personenkraftwagen im Freien ab 80 Stellplätzen, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen und bewirtschaftet werden, sind mit solaraktiven Überdachungen auszustatten, wenn sie dafür geeignet sind.

2 Park-and-ride-Anlagen gemäss Artikel 61 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG)<sup>2</sup> im Freien mit mehr als 50 Parkplätzen sind mit solaraktiven Überdachungen auszustatten, wenn sie dafür geeignet sind.

3 Eigentümerinnen und Eigentümer von Parkplätzen sowie von Park-and-ride-Anlagen gemäss Absatz 1 und 2 können ihre Pflicht zur Solarenergienutzung durch Dritte erfüllen lassen.

4 Der Regierungsrat legt die Einzelheiten wie die Kriterien für die Eignung der Parkplätze sowie Aspekte der Sicherheit und der Gestaltung durch Verordnung fest und kann gewisse Arten von Parkplätzen generell von der Pflicht zur Ausstattung mit solaraktiven Überdachungen ausnehmen.

1 BSG 101.1

2 BSG 732.11

<sup>5</sup> Ausnahmen von der Pflicht zur Ausstattung mit solaraktiven Überdachungen können gewährt werden, insbesondere wenn diese technisch oder aufgrund von anderweitigen Nutzungen nicht möglich oder wirtschaftlich unverhältnismässig ist.

**Art. 62 Abs. 4 (neu)**

<sup>4</sup> Ausnahmebewilligungen nach Artikel 39c und 39e erteilt die Baubewilligungsbehörde.

**Titel nach Art. T1-3 (neu)**

*T2 Übergangsbestimmungen der Änderung vom 04.09.2024*

**Art. T2-1 (neu)**

*Evaluation*

<sup>1</sup> Der Regierungsrat überprüft innerhalb von sechs Jahren ab Inkrafttreten dieser Änderung und ihrer Ausführungsbestimmungen die Auswirkungen der Meldepflicht gemäss Artikel 39d auf den Ausbau von Solar-energienutzung bei bestehenden auf Dauer angelegten Bauten und erstellt einen entsprechenden Bericht zuhanden des Grossen Rates.

**Art. T2-2 (neu)**

*Anpassung bestehender Park-and-ride-Anlagen*

<sup>1</sup> Bestehende Park-and-ride-Anlagen gemäss Artikel 39e Absatz 2 sind innert zehn Jahren ab Inkrafttreten dieser Änderung mit solaraktiven Überdachungen auszustatten.

**II.**

Keine Änderung anderer Erlasse.

**III.**

Keine Aufhebungen.

**IV.**

Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bern, 4. September 2024

Im Namen des Grossen Rates

Die Präsidentin: Bühler

Der Generalsekretär: Trees